

Grüne fordern Neuwahlen

„2011 haben die Berlinerinnen und Berliner Wowereit gewählt. Sie haben ein Recht mit zu entscheiden, von wem die Stadt regiert wird. Neuwahlen sind deshalb die einzig saubere Lösung“, heißt es in einer Presseerklärung der Grünen Fraktion und Partei. „Wir haben Respekt vor der Entscheidung von Klaus Wowereit. Lange Zeit war er als Regierender Bürgermeister das Gesicht Berlins und hat die Entwicklung der Stadt wesentlich mit geprägt.“

Klaus Wowereit hinterlässt ein schweres Erbe. Was bleibt, ist eine Reihe unvollendeter Großprojekte, vorneweg das BER-Desaster, dessen Lösung nun anderen überlassen bleibt. Die Große Koalition ist instabil, politische und persönliche Konflikte überlagern seit Monaten die inhaltliche Arbeit. SPD und CDU dürfen deshalb nicht so tun, als könnten sie einfach weiter machen wie bisher“, heißt es weiter.

Der CDU-Landesvorsitzende Frank Henkel erklärt: „Die Berliner CDU nimmt diese Entscheidung des Regierenden Bürgermeisters mit Respekt zur Kenntnis. Das gilt auch für mich persönlich. Ich gehe davon aus, dass sich Klaus Wowereit diesen Schritt nicht leicht gemacht hat. Es ist noch zu früh, sich für die gemeinsame Regierungsarbeit zu bedanken. Wir haben ja noch ein paar Wochen vor uns.“

„Was die Zukunft der Koalition betrifft, sind wir ganz entspannt. Es gibt einen gültigen Koalitionsvertrag bis 2016. Die SPD ist jetzt in der Pflicht, die offene Führungsfrage schnell zu klären und einen Personalvorschlag zu unterbreiten, den wir mittragen können. Sobald es einen solchen Vorschlag für die Nachfolge von Klaus Wowereit gibt, werden wir darüber in unseren Gremien diskutieren. Wir erwarten natürlich, dass die Regierungsarbeit durch die Nachfolgedebatte nicht beeinträchtigt wird.“

Und der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Florian Graf, teilt mit:

„Ich zolle dem Regierenden Bürgermeister meinen Respekt für diese persönliche Entscheidung. Seine Erklärung macht deutlich, dass die SPD ihre Führungsfrage nun schnell selbst klären muss. Dies darf nicht dazu führen, dass die Handlungsfähigkeit der Regierung beeinträchtigt wird. Unser Koalitionsvertrag mit der SPD gilt bis 2016. Die Ziele, die wir uns darin gesetzt haben, wollen wir natürlich auch erreichen.“